

## Niederschrift über die 15. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses

**Sitzung am:** Donnerstag, den 30.04.2026  
**Sitzungsort:** Jugendzentrum OASE, Dr.-Karl-Gelbke-Str. 1, 08529 Plauen

**Beginn:** 16:30 Uhr **Ende:** 18:18 Uhr

### Anwesenheit:

#### Name

#### Bemerkung

#### Vorsitzender

Herr Bürgermeister Tobias Kämpf

#### Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Heike Bertram

Frau Belinda Eißmann

Frau Cornelia Erhardt

Herr Frank Erhardt

Frau Yvonne Gruber

teilweise abwesend

Herr Sebastian Heydel

Frau Steffi Liedtke

teilweise abwesend

Herr Michael Petzold

#### Beratendes Mitglied

Frau Evelin Horo

teilweise abwesend

Frau Christa Süß

#### Stellvertretendes Mitglied

Herr Tim Schuster

Vertretung für Frau Diana Simon

### Abwesenheit:

#### Name

#### Bemerkung

#### Stimmberechtigtes Mitglied

Frau Diana Simon

entschuldigt

#### Beratendes Mitglied

Frau Heidrun Bursee

entschuldigt, dienstlich

Herr Christian Huster

entschuldigt

Herr Sebastian Loik

abwesend

### Mitglieder der Verwaltung:

#### Name

#### Funktion

#### Anwesenheitsgrund

Eric Hoffmann

Fachbereichsleiter

gesamte Sitzung

Simone Schurig

Jugend/Soziales/Schulen/Sport

gesamte Sitzung

Frank Zabel

Leiterin Schul- und Sportreferat

TOP 3

Anna Schubert

Koordinator Kommunalen

Präventionsrat

SB Rechnungsprüfungsamt

gesamte Sitzung

**Weitere Sitzungsteilnehmer:**

<b>Name</b>	<b>Anwesenheitsgrund</b>
Swen Uhlig, Freie Presse	Berichterstattung öffentl. Teil
Peggy Schöffler-Gadsch, Leiterin Jugendzentrum OASE	TOP 2
Lisa Menge, stellver. Leiterin & pädag. Mitarbeiterin JZ OASE	TOP 2

**Tagesordnung:**

**öffentlicher Teil:**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
- TOP 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- TOP 1.2 Tagesordnung
- TOP 1.3 Beantwortung von Anfragen
- TOP 1.4 Informationen des Bürgermeisters
  
- TOP 2 Vorstellung der Arbeit des Jugendzentrums OASE sowie Rundgang durch die Einrichtung  
- Berichterstattung und Führung: Peggy Schöffler-Gadsch, Leiterin des JC OASE
  
- TOP 3 Vorstellung Maßnahmen 2026 gegen Häusliche Gewalt - Vortragender: Frank M. Zabel,  
Koordinator des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Plauen
  
- TOP 4 Information
- TOP 4.1 Förderung der freien Träger der Wohlfahrtspflege für das Jahr 2026  
**INV-072/2026**
  
- TOP 5 Beschlussfassung
- TOP 5.1 Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen 2026  
**BSV-307/2026**
  
- TOP 6 Vorberatung
- TOP 6.1 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels  
**BSV-303/2026**
- TOP 6.2 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern  
und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung
  
- TOP 7 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)

**öffentlicher Teil:**

**1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung**

Die 15. Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses wird durch Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit von Herrn Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet und geleitet.

Bürgermeister Kämpf begrüßt die Stadträte, sachkundige Einwohner, Mitarbeiter der Verwaltung, Gäste sowie Pressemitglieder.

Weiter begrüßt er die Leiterin Peggy Schöffler-Gadsch sowie das Team des Jugendzentrums OASE im Stadtteil Chrieschwitz und bedankt sich im Jugendzentrum OASE tagen zu dürfen.

Gemäß aktueller Änderungen in § 39 SächsGemO weist Herr Bürgermeister Kämpf, darauf hin, dass eine Verletzung von Form oder Frist der Ladung eines Ausschussmitglieds als geheilt gilt, wenn das Mitglied zur Sitzung erscheint und den Mangel nicht spätestens bei Eintritt in die Tagesordnung der Sitzung geltend macht.

Mit Einverständnis des Bildungs- und Sozialausschusses werden zur Mitunterzeichnung der Niederschrift über die heutige Sitzung **Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Plauen-Fraktion, und Stadtrat Sebastian Heydel, CDU-Fraktion**, bestellt.

## 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 7 stimmberechtigte Mitglieder zu Beginn der Sitzung anwesend.

## 1.2 Tagesordnung

Es liegen keine Änderungsanträge, Fragen oder Hinweise zur Tagesordnung vor.

## 1.3 Beantwortung von Anfragen

Es gibt keine offenen Anfragen aus der letzten Sitzung.

## 1.4 Informationen des Bürgermeisters

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, hat keine weiteren Informationen.

## 2 Vorstellung der Arbeit des Jugendzentrums OASE sowie Rundgang durch die Einrichtung - Berichterstattung und Führung: Peggy Schöffler-Gadsch, Leiterin des JC OASE

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, begrüßt die Leiterin des Jugendzentrums OASE Peggy Schöffler-Gadsch und das Team des Jugendzentrums OASE und leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Er betont die Bedeutung des direkten Austauschs mit den Bürgern, um deren Anliegen aufzunehmen und den aktuellen Stand der Entwicklungen vor Ort zu erfahren.

Er hebt hervor, dass die Ausschusssitzung im Jugendzentrum OASE auch dazu diene, den Mitgliedern des Ausschusses, insbesondere denjenigen, die nach der letzten Stadtratswahl neu hinzugekommen seien, die Möglichkeit zu geben, die Gegebenheiten vor Ort kennenzulernen. Dies sei ein wichtiger Schritt, um die Zusammenarbeit zu stärken und gezielt Unterstützung leisten zu können.

Peggy Schöffler-Gadsch, Leiterin des JC OASE und Lisa Menge, stellvertretende Leiterin und pädagogische Mitarbeiterin, stellen ihre Arbeit im Jugendzentrum OASE anhand einer PowerPoint Präsentation vor. Die Power Point Präsentation wird den Ausschussmitgliedern im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

Lisa Menge stellt sich als pädagogische Mitarbeiterin des Jugendzentrums OASE vor und erläutert, dass sie seit 15 Jahren in dieser Funktion tätig ist. Sie habe sich in dieser Zeit zur systemischen Beraterin weitergebildet und befinde sich aktuell in einer Ausbildung zur Traumapädagogin, da dies in ihrem Arbeitsbereich zunehmend an Bedeutung gewinne.

Peggy Schöffler-Gadsch, die leitende Einrichtungsleiterin, beschreibt ihre Qualifikationen als Sozialarbeiterin und Sozialpädagogin sowie ihre Erfahrungen als Fachkraft im Kinderschutz sowohl im familiären als auch im institutionellen Kontext. Sie hebt hervor, dass es eine Besonderheit sei, sich in einem städtischen Gremium vorzustellen, da dies in der Vergangenheit nicht üblich gewesen sei. Sie berichtet von den überregionalen Schulungen und Vorträgen, die sie und ihr Team im Bereich Inklusion durchgeführt haben.

Zur Historie der Einrichtung erklärt sie, dass das Jugendzentrum vor etwa 40 Jahren gegründet wurde und seit 1998 vom Verein Oase e.V. getragen wird, der derzeit 39 ehrenamtliche Mitglieder umfasst. Diese Mitglieder seien nicht alle pädagogisch tätig, unterstützten jedoch durch die Organisation von Veranstaltungen und die Pflege der Internetseite.

Ferner erläutert Frau Schöffler-Gadsch, dass die gesetzliche Grundlage der Einrichtung im SGB VIII verankert sei, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit. Sie betont, dass die Einrichtung seit fast 30 Jahren inklusive Arbeit leiste, lange bevor dies gesetzlich vorgeschrieben wurde. Ziel sei es, jungen Menschen mit Behinderungen eine selbstbestimmte Teilhabe zu ermöglichen. Dies werde durch Kooperationen mit der Elterninitiative „Hilfe für Menschen mit Behinderung“ und durch bauliche Maßnahmen wie den Einbau eines Fahrstuhls und barrierefreier Zugänge unterstützt.

Weiter beschreibt Frau Menge die Räumlichkeiten der Einrichtung, die aus zwei Etagen bestehen. Der offene Treff finde von Montag bis Freitag von 13 bis 19 Uhr statt, samstags bei besonderen Veranstaltungen. Es gebe einen Spieleverleih, einen barrierefreien Garten mit einem rollstuhlgerechten Bodentrampolin und Tischtennisplatte sowie Projekträume wie eine Holzwerkstatt, ein Jugendtonstudio und einen Töpferraum.

Sie hebt hervor, dass die Angebote der Einrichtung durch die Kinder und Jugendlichen selbst mitgestaltet würden, beispielsweise durch die monatliche „Ideenschmiede“. Zu den Projekten zählen Graffiti-Kurse, Kreativangebote, Anti-Mobbing-Projekte, Schulprojekte zur politischen Bildung und Demokratie sowie Ferientausflüge.

Frau Schöffler-Gadsch ergänzt, dass die Einrichtung generationsübergreifende Angebote wie wöchentliche Kartenspielerunden für Seniorinnen und Geburtstagsfeiern organisiere. Sie betont die Bedeutung von Kooperationen und Netzwerken, beispielsweise im Stadtteilarbeitskreis und im Jugendring des Vogtlandkreises. Die Einrichtung sei zudem Teil des Partnernetzwerks der Kinderhilfsorganisation „Children for a better World“, wodurch sie Kindern und Jugendlichen täglich ein kostenloses, gesundes Essen anbieten könne.

Beide berichten von den Herausforderungen, die durch den steigenden Zulauf von Kindern und Jugendlichen entstehen. Die Besucherzahlen hätten sich auf bis zu 100 Personen pro Tag erhöht, was die Kapazitäten der Einrichtung übersteige. Viele der Kinder und Jugendlichen zeigten herausforderndes Verhalten, wie Aggressivität, Straffälligkeit, Drogenkonsum, selbstverletzendes Verhalten, schwierige familiäre und soziale Milieus sowie schulische Probleme. Gewalt unter Jugendlichen, Zerstörungswut gegenüber Einrichtungsgegenständen und körperliche Angriffe stellen das Team vor große Belastungen.

Frau Menge und Frau Schöffler-Gadsch betonen, dass andere Unterstützungssysteme wie psychologische Betreuung oder Klinikaufenthalte oft nicht ausreichend verfügbar seien, was die Belastung der Einrichtung zusätzlich erhöhe.

Es gebe Fälle von Kindern und Jugendlichen mit Suizidversuchen, die nach wenigen Tagen ohne anschließende Hilfemaßnahmen zurückkehrten. Manche Kinder seien intensivpädagogisch untergebracht oder nicht beschulbar, seien aber trotzdem täglich im Jugendzentrum OASE. Für schulische Betreuung, die 1:1 notwendig wäre, habe das Jugendzentrum nicht die Ressourcen. Das Team habe sich deshalb intern weitergebildet, versuche Lücken aufzufangen, könne aber nicht alle Bedarfe dauerhaft kompensieren.

Bürgermeister Kämpf bedankt sich für das Engagement und eröffnet die Fragerunde.

Stadträtin Heike Bertram, SPD/Initiative-Fraktion, spricht ihren Dank und Lob an das gesamte Team des Jugendzentrums OASE aus. Sie hebt das große Engagement, das Herzblut und die Verlässlichkeit des Jugendzentrums hervor, welches den Jugendlichen enorm helfe sowie die Schulen und andere Einrichtungen entlaste. Die Arbeit des Jugendzentrums OASE wird als unverzichtbarer Beitrag zur sozialen Integration und zur lokalen Netzwerkarbeit gewürdigt.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, schließt sich der Stadträtin Bertram an und bedankt sich ebenfalls für die geleistete Arbeit.

Frank Zabel, Koordinator Kommunalen Präventionsrats, dankt ebenfalls für die großartige Arbeit und erkundigt sich nach der Situation vor dem Gebäude, insbesondere im Hinblick auf alkoholisierte Personen und nicht angeleinte Hunde.

Frau Menge und Frau Schöffler-Gadsch bestätigen, dass diese Probleme weiterhin bestehen, obwohl Maßnahmen wie der Abbau von Bänken die Aufenthaltsqualität verringert hätten. Kontrollen durch den gemeindlichen Vollzugsdienst seien vorhanden, aber aktuell selten und wenig wirkungsvoll.

Bürgermeister Kämpf nimmt den Hinweis mit und schlägt vor, den gemeindlichen Vollzugsdienst stärker einzubinden und betont die Bedeutung der Jugendarbeit für den Stadtteil. Er lobt die Arbeit der Einrichtung und hebt hervor, dass sie wesentlich zur sozialen Integration und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen beitrage.

### **3 Vorstellung Maßnahmen 2026 gegen Häusliche Gewalt - Vortragender: Frank M. Zabel, Koordinator des Kommunalen Präventionsrates der Stadt Plauen**

Frank Zabel, Koordinator des Kommunalen Präventionsrates, führt in die Arbeit des Kommunalen Präventionsrates ein und erinnert daran, dass dieser regelmäßig über seine Tätigkeiten informiert. Er hebt hervor, dass die Schwerpunkte der Arbeit in den Bereichen Suchtprävention und Gewaltprävention liegen.

Im vergangenen Jahr sei die Suchtpräventionskonzeption vorgestellt worden, zu der er noch auf Rückmeldungen aus den Fraktionen warte. Für die Gewaltprävention sei eine Konzeption in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund entwickelt worden, die er unter dem Titel „Hinschauen, Handeln und Zusammenhalten“ anhand Power Point Präsentation vorstellt. Diese Konzeption sei aus der Initiative des Kinderschutzbundes und des Bürgermeisters, der den Präventionsrat leitet, entstanden.

Die ausführliche Power Point Präsentation wird den Ausschussmitgliedern im Ratsinformationsportal zur Verfügung gestellt.

Herr Zabel erläutert, dass die Konzeption auf die steigende Zahl von Mobbing- und Gewaltvorfällen an Schulen reagiere. Er verweist auf Statistiken, die zeigen, dass 20 % der Schüler von Mobbing betroffen seien, und betont die Notwendigkeit nachhaltiger und ressourcenschonender Lösungen. Das Konzept richte sich an alle weiterführenden Schulen und umfasse Schüler, Lehrkräfte, Schulsozialarbeiter sowie Eltern. Ziel sei es, Sensibilisierung, Respekt und Zivilcourage zu fördern sowie konkrete Handlungsstrategien für Betroffene und Beobachtende zu entwickeln.

Weiter beschreibt er die Struktur des Konzepts, das aus einem Basismodul und vier weiteren Modulen besteht. Das Basismodul beinhalte eine Theateraufführung zum Thema Gewalt und Mobbing, ergänzt durch Workshops. Die weiteren Module, die unabhängig voneinander buchbar seien, deckten Themen wie Recht und Gerechtigkeit, Zivilcourage, digitale Gewalt und die Folgen von Handlungen ab. Unterstützt werde das Konzept durch lokale Partner wie die Opferhilfe, die Bundespolizei und den Verein Brücke e.V. Die Module seien so konzipiert, dass sie die Schulen entlasten und in den regulären Unterricht integriert werden könnten.

Ferner hebt er hervor, dass die Einbindung der Eltern eine besondere Herausforderung darstelle, da deren Teilnahme freiwillig sei. Um die Teilnahme zu erhöhen, werde versucht, Veranstaltungen mit anderen Terminen wie Elternabenden zu kombinieren. Die Schulsozialarbeiter spielten eine zentrale Rolle bei der Umsetzung des Konzepts. Zudem sei eine Evaluation durch digitale Feedbackbögen vorgesehen, um das Programm kontinuierlich weiterzuentwickeln.

Evelin Horo, sachkundige Einwohnerin, weist darauf hin, dass das Thema sexuelle Gewalt, auch wenn es seltener vorkomme, dennoch relevant sei. Sie spricht sich dennoch dafür aus, ein entsprechendes Modul zu entwickeln, um auch diese Problematik zu adressieren.

Herr Zabel stimmt dem zu und erklärt, dass ein solches Modul bereits in Planung sei und ab der achten Klasse angeboten werden solle.

Er schließt die Vorstellung mit dem Hinweis ab, dass die Organisation des Konzepts so gestaltet sei, dass Schulleitungen eine bedarfsorientierte und unkomplizierte Unterstützung erhielten. Die ersten Schulen hätten das Konzept bereits vollständig gebucht, was die Akzeptanz und den Bedarf unterstreiche.

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, ergänzt, dass das Konzept in Zusammenarbeit mit dem Kinderschutzbund entwickelt worden sei und auf Anliegen von Schülern bei einer Kinderkonferenz zurückgehe. Diese hätten auf Probleme wie Gewalt und Mobbing hingewiesen und um Unterstützung gebeten. Er betont, dass das Konzept darauf abziele, Lehrkräfte nicht zusätzlich zu belasten, und dass die bisherigen Rückmeldungen der Schulen positiv seien.

#### **4 Information**

##### **4.1 Förderung der freien Träger der Wohlfahrtspflege für das Jahr 2026**

**Vorlage: INV-072/2026**

**INV-072/2026**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, eröffnet den Tagesordnungspunkt zur Information über die Förderung der freien Träger in der Wohlfahrtspflege für das Jahr 2026 und übergibt an Eric Hoffmann zur weiteren Ausführung.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, stellt die Informationsvorlage inhaltlich vor und erläutert, dass die Förderrichtlinie der Wohlfahrtspflege jährlich umgesetzt werde. Für das Jahr 2026 stünden im Doppelhaushalt insgesamt 45.000 Euro zur Verfügung, was eine Erhöhung im Vergleich zu den Vorjahren darstelle. Er dankt dem Stadtrat für diese Anpassung, die trotz der angespannten Haushaltslage ermöglicht worden sei.

Weiter hebt er hervor, dass die steigenden Kosten auch die Initiativen und Vereine betreffen, die durch die Förderung unterstützt werden sollen. Das Antragsvolumen liege regelmäßig über den verfügbaren Mitteln, dennoch trage die Stadt mit der Förderung dazu bei, die Kosten teilweise zu decken.

Ferner führt er aus, dass die Fördervorschläge auf Basis der eingegangenen Anträge erarbeitet worden seien. Der Fokus habe dabei auf kleineren Initiativen gelegen, deren beantragte Beträge möglichst vollständig finanziert werden sollten. Größere Träger, die in der Regel über zusätzliche Finanzierungsmöglichkeiten verfügten, seien mit Abschlägen bedacht worden. Die Vorschläge seien mit der Arbeitsgruppe Wohlfahrtspflege sowie den Fraktionen abgestimmt worden. Eine Fraktion habe sich bereits im Vorfeld mit dem Fördervorschlag einverstanden erklärt. In der Diskussion innerhalb der Arbeitsgruppe seien kleinere Anpassungen vorgenommen worden, insbesondere bei größeren Projekten, die eine leichte Erhöhung der Fördersumme erhalten hätten. Die endgültige Verteilung der Mittel sei der beigefügten Anlage zu entnehmen.

Herr Hoffmann betont, dass die Arbeitsgruppe Wohlfahrtspflege einen Konsens über die Verteilung der Mittel erzielt habe. Die Förderbescheide würden entsprechend ausgestellt, sodass die Stadt Plauen einen Beitrag zur Fortführung der wichtigen Arbeit der Initiativen und Vereine leisten könne.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass auf der Förderliste auch Vereine vertreten seien, die im Stadtteil aktiv seien, wie beispielsweise die Kleiderkammer von Kaleb. Er unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung dieser Akteure und verweist darauf, dass die Arbeitsgruppe die Liste auf Basis der Förderanträge final festgelegt habe.

Abschließend wird festgestellt, dass zu diesem Tagesordnungspunkt keine weiteren Nachfragen vorliegen.

**Der Bildungs- und Sozialausschuss des Stadtrates nimmt die Ausreichung von Fördermitteln an die freien Träger und Vereine der Wohlfahrtspflege für das Jahr 2026 gemäß der Anlage zur Kenntnis.**

## **5 Beschlussfassung**

### **5.1 Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen in der Stadt Plauen 2026**

**Vorlage: BSV-307/2026**

**BSV-307/2026**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, leitet zum nächsten Tagesordnungspunkt über und übergibt das Wort an Herrn Hoffmann.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, erläutert, dass in diesem Jahr erstmals die neu gefasste Förderrichtlinie für Jugendverbände und Jugendgruppen Anwendung finde. Diese sei dahingehend angepasst worden, dass der Ausschuss über die Mitgliederpauschale, die Gesamtsummen und einen möglichen pauschalen Zuschlag an den Kreissportbund beschließen könne.

Er führt aus, dass diese Aspekte in den vergangenen Jahren bereits im Rahmen des Verwaltungshandelns berücksichtigt worden seien, jedoch nun in einer Beschlussvorlage festgehalten würden. Die Anpassung der Richtlinie sei zum Stichtag 01.01. erfolgt, und die entsprechenden Anträge seien auf ihre formale Förderfähigkeit geprüft worden. Insbesondere sei die Zahl der förderfähigen Mitglieder überprüft worden, wobei es sich um Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 27 Jahren mit Hauptwohnsitz in Plauen handele.

Insgesamt seien 637 förderfähige Mitglieder aus 12 Vereinen festgestellt worden, die in diesem Jahr Anträge gestellt hätten. Dies stelle einen leichten Rückgang im Vergleich zum Vorjahr dar, in dem 650 Mitglieder gezählt worden seien. Herr Hoffmann betont jedoch, dass sich die Zahlen seit der Corona-Pandemie stabilisiert hätten, was als positives Signal gewertet werde.

Weiter berichtet er, dass im Haushaltsplan für die Förderung ein Betrag von 16.000 Euro vorgesehen sei. Die Mitgliederpauschale sei für dieses Jahr auf 21 Euro pro förderfähiges Mitglied festgelegt worden, wodurch sich die entsprechenden Fördersummen für die Vereine errechneten.

Zusätzlich sei eine pauschale Förderung in Höhe von 2.500 Euro für den Kreissportbund vorgesehen, die dieser für die Jugendförderung in den Sportvereinen verwenden könne. Diese Vorgehensweise entspreche der Praxis der vergangenen Jahre.

Abschließend bittet Herr Hoffmann um Zustimmung zu dem Beschlussvorschlag, der alle relevanten Punkte umfasse. Nach einem positiven Beschluss könnten die Bescheide rechtzeitig ausgestellt werden, um die Förderung sicherzustellen.

Bürgermeister Kämpf ergänzt, dass er die Förderung der Jugendverbände und Jugendgruppen als eines der wichtigsten Unterstützungssysteme der Stadt Plauen betrachte. Er hebt hervor, dass mit vergleichsweise geringen Mitteln eine große Wirkung erzielt werden könne, da viele Jugendgruppen, die vor allem ehrenamtlich tätig seien, unterstützt würden.

Diese Gruppen böten Jugendlichen ein breites Angebot und leisteten einen wichtigen Beitrag zur Kinder- und Jugendarbeit. Weiter erinnert er daran, dass in den vergangenen Jahren stets darauf geachtet worden sei, das Budget trotz schwankender Mitgliederzahlen so zu verteilen, dass eine höhere Summe pro Mitglied ausgezahlt werden könne. Dies sei ein positives Signal und solle beibehalten werden.

Abschließend verliest er den Beschlussvorschlag.

#### **Beschlussvorschlag:**

„Der Bildungs- und Sozialausschuss der Stadt Plauen beschließt die Förderung von Jugendverbänden und Jugendgruppen für das Jahr 2026 in Gestalt des Fördervorschlags der Verwaltung gemäß der beigefügten Anlage mit einer Mitgliederpauschale von 21,00 EUR und einer Pauschalförderung von 2.500 EUR an den Kreissportbund Vogtland e.V. gemäß § 3 Abs. 6 der FRL Jugendverbandsarbeit.“

#### **Abstimmungsergebnis:**

**9 x Ja-Stimmen**

**0 x Nein-Stimmen**

**0 x Enthaltungen**

**Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses haben den Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen.**

## **6 Vorberatung**

### **6.1 Anpassung des qualifizierten Mietspiegels**

**Vorlage: BSV-303/2026**

**BSV-303/2026**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, stellt die Vorlage inhaltlich vor und informiert, dass die Vorberatung zur Anpassung des qualifizierten Mietspiegels auf Grundlage gesetzlicher Verpflichtungen erfolgt. Er erläutert, dass vor zwei Jahren erstmals ein qualifizierter Mietspiegel erstellt wurde, um Transparenz für Mieter und Vermieter zu schaffen. Ziel sei es, die Mietentwicklung in Abhängigkeit von Wohnungsgröße, Qualität und Lage darzustellen.

Ferner hebt er hervor, dass der Mietspiegel dazu beitrage, Mietwucher zu vermeiden und Vermietern die Möglichkeit zu geben, notwendige Instandhaltungsmaßnahmen auf die Miete umzulegen. Er betont, dass der Mietspiegel lediglich den Ist-Zustand widerspiegele und keine direkten Auswirkungen auf die Höhe der Mieten habe.

Des Weiteren führt er aus, dass die Aktualisierung des Mietspiegels alle zwei Jahre gesetzlich vorgeschrieben sei, während eine vollständige Neuerarbeitung alle vier Jahre erfolge. Er hebt die Bedeutung der Qualität der Datenerhebung hervor, da ein qualifizierter Mietspiegel vor Gericht die größte Beweiskraft habe. Zudem trage der Mietspiegel dazu bei, viele Rechtsstreitigkeiten im

Mietrecht außergerichtlich zu klären. Bürgermeister Kämpf berichtet, dass sowohl Mieter- als auch Vermietervertreter in den Prozess eingebunden gewesen seien und der Analyse zugestimmt hätten. Beratende Mitglieder, darunter Vertreter der Fraktionen, der WBG und AWG als Großvermieter sowie der Gutachterausschuss und die Fachabteilungen der Stadt Plauen, hätten ebenfalls an den Arbeitsschritten teilgenommen, jedoch ohne Beschlussrecht.

Zudem hebt Bürgermeister Kämpf die hohe Rücklaufquote von über 90 % bei der Mietspiegelbefragung hervor und bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre Mitwirkung. Diese hohe Beteiligung habe zu einer qualitativ hochwertigen Stichprobe geführt. Er weist darauf hin, dass die Erstellung des Mietspiegels mit erheblichen Kosten verbunden sei, die von der Kommune getragen werden müssten.

Während die Erstaussstellung des Mietspiegels über 120.000 Euro gekostet habe, belaufe sich die Aktualisierung auf 1.300 Euro. Er kritisiert, dass die vom Land bereitgestellten Mittel in Höhe von 12.000 Euro lediglich einen Bruchteil der tatsächlichen Kosten deckten.

Abschließend verliert Bürgermeister Kämpf den Beschlussvorschlag und bittet die Ausschussmitglieder um Zustimmung zur Anpassung des qualifizierten Mietspiegels.

#### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat der Stadt Plauen beschließt die Anpassung des qualifizierten Mietspiegels.

#### **Abstimmungsergebnis:**

**9 x Ja-Stimmen**

**0 x Nein-Stimmen**

**0 x Enthaltungen**

**Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses haben den Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen.**

#### **6.2 Antrag (Änderungsantrag zu Reg.-Nr. 104-26) der BSW-Fraktion - Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken! -, Reg.-Nr. 118-26 - Stellungnahme der Verwaltung**

Tobias Kämpf, Bürgermeister GB I, erläutert, dass der letzte Tagesordnungspunkt im öffentlichen Teil den Änderungsantrag der BSW-Fraktion betrifft. Es handele sich um einen Antrag zu den Rechten von Kindern und Jugendlichen, der in ähnlicher Form bereits diskutiert worden sei, jedoch zurückgezogen wurde. Der Antrag sei nun mit einer kleinen Anpassung erneut eingereicht worden. Er fragt, ob der Antragsteller den Antrag noch einmal vorstellen möchte.

Stadträtin Belinda Eißmann, BSW-Fraktion, erklärt, dass sie die vorgenommenen Änderungen zusammenfassen werde. Sie führt aus, dass die beantragte Stelle die Aufgaben eines Kinder- und Jugendbeauftragten sowie eine Vertretung im Bereich der Familienhebamme umfassen solle. Der Stellenumfang betrage 39 Stunden pro Woche, wobei mindestens 15 Stunden auf die Tätigkeiten des Kinder- und Jugendbeauftragten entfallen sollen. Neu ergänzt worden sei, dass die Vorlagen des Stadtrates und der Ausschüsse kinder- und jugendgerecht aufbereitet und über verschiedene Medien verständlich vermittelt werden sollen.

Eric Hoffmann, Fachbereichsleiter Jugend/Soziales/Schulen/Sport, nimmt Stellung zu den Änderungen und betont, dass die Verwaltung sich auf die neuen Punkte beschränkt habe, während die alte Stellungnahme weiterhin gelte. Er hebt hervor, dass die Einrichtung einer Vertretung für die Familienhebamme grundsätzlich eine Entlastung darstellen würde, jedoch die Aufgaben des Kinder- und Jugendbeauftragten bereits durch die Stadtverwaltung erfüllt würden. Für die Vertretung der Familienhebamme sei eine besondere Ausbildung als Hebamme, Entbindungspfleger oder Kinderkrankenpfleger vorausgesetzt. Zudem sei die Einrichtung einer zusätzlichen Planstelle nicht zu empfehlen, da keine Finanzierung für die Personalkosten vorgesehen sei.

Die Inhalte über die Arbeit der Stadtverwaltung werden bereits kindergerecht aufbereitet und über die Kinderkonferenz an die Kinder- und Jugendlichen vermittelt. Er weist darauf hin, dass die Aufgaben des Kinder- und Jugendbeauftragten teilweise mit den Aufgaben politischer Parteien kollidieren könnten, da die Vermittlung politischer Inhalte gemäß Parteiengesetz Aufgabe der Parteien sei. Die Verwaltung könne den Antrag daher nicht empfehlen.

Stadträtin Steffi Liedtke, Fraktion Die Linke/Grüne, äußert Verständnis für die finanzielle Problematik, betont jedoch, dass die Formulierung „braucht es nicht“ unglücklich sei. Sie sehe die Notwendigkeit der Stelle, jedoch sei diese aktuell nicht finanzierbar. Sie hinterfragt zudem die Aussage, dass die Aufarbeitung von Stadtratsvorlagen nicht Aufgabe der Verwaltung sei, und bittet um eine genauere Erläuterung.

Bürgermeister Kämpf erklärt, dass der Stadtrat als beschließendes Gremium nicht Teil der Stadtverwaltung sei, sondern diese kontrolliere. Die Beteiligung verschiedener Bevölkerungsgruppen, einschließlich Kinder und Jugendlicher, sei Aufgabe der politischen Parteien. Die Stadtverwaltung sei jedoch unabhängig von politischen Ausrichtungen und setze bereits zahlreiche Maßnahmen zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen um.

Er betont, dass die Verwaltung die Anliegen des Antrags inhaltlich aufgreife, jedoch keine zusätzliche Stelle benötige, da die Aufgaben bereits durch bestehende Strukturen abgedeckt würden. Zudem verweist er auf die angespannte Haushaltslage und die fehlende Deckungsquelle für die beantragte Stelle.

Im Anschluss wird der Antrag zur Abstimmung gestellt.

**Abstimmungsergebnis:**

**1 x Ja-Stimmen**

**8 x Nein-Stimmen**

**0 x Enthaltungen**

**Die Mitglieder des Bildungs- und Sozialausschusses haben den Antrag mehrheitlich abgelehnt.**

**7 Anfragen (§ 20 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen)**

Es gibt keine Anfragen.

Plauen, den

Plauen, den

Tobias Kämpf  
Bürgermeister GB I

Heike Bertram  
Stadträtin

Plauen, den

Plauen, den

Ellen Rotaj  
Schriftführerin

Sebastian Heydel  
Stadtrat

**Hinweis:** Das Protokoll, wurde mit Hilfe einer „künstlichen Intelligenz“ erstellt.

Es ist ein Dokument, das automatisiert aus der Audio- oder Videodatei des jeweiligen Gremiums generiert wird.

Das KI-basierte Tool kann Sprache in Text umwandeln, wichtige Punkte extrahieren und das Protokoll strukturieren.

Die Überprüfung erfolgte durch den jeweiligen Protokollanten.

Gemäß § 26 Abs. 8 der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Plauen bleibt die Tonaufnahme bis zur Bestätigung der Niederschrift bestehen.

Danach wird diese umgehend auch aus dem KI-Modul gelöscht.